



Einst Vize-Präsident, jetzt Chef des BlackBerry-Herstellers RIM: Das Foto zeigt Thorsten Heins 2008 mit einem BlackBerry. DPA

## Deutscher soll BlackBerry retten

**New York** (AFP) Ein Deutscher soll den schwächelnden BlackBerry-Hersteller Research In Motion (RIM) aus der Krise führen. Neuer Chef des Unternehmens wird der frühere Siemens-Manager Thorsten Heins, wie RIM mitteilte. Der 54-Jährige sagte, er wolle vor allem schnell das Marketing ändern und die Normalverbraucher umwerben.

Die BlackBerry-Handys waren lange Zeit vor allem bei Geschäftsleuten sehr erfolgreich, da sie von überall einen einfachen und schnellen Zugriff auf E-Mails ermöglichen. Mittlerweile machen allerdings Smartphones wie das iPhone von Apple und Handys mit dem Google-Betriebssystem Android den RIM-Telefonen starke Konkurrenz. Da will Heins ansetzen. Er werde so schnell wie möglich einen neuen Marketing-Chef ernennen, sagte er. Der solle die Verbraucher vor allem in den USA davon überzeugen, dass Blackberrys nicht nur für Geschäftsleute gebaut werden. „Ein dramatischer Wandel ist nötig“. Eine Zerschlagung des Unternehmens plane er nicht, versicherte Heins.

Heins arbeitet schon seit Dezember 2007 für RIM. Der Manager war zuletzt als Vorstand für BlackBerry-Smartphones zuständig. Bei Siemens war er als Manager in der Kommunikationssparte tätig. Am Sonntag hatte Heins erklärt, RIM habe eine „solide Bilanz“ vorzuweisen und kaum Schulden. Im vergangenen Quartal hatte der Konzern allerdings 71 Prozent weniger als ein Jahr zuvor verdient. Nach Angaben des Branchen dienstes Comscore sank der Marktanteil von RIM in den USA von Ende August bis Ende November von 19,7 auf 16,6 Prozent. Schwere Rückschläge erlebte RIM auch mit der Verspätung bei der Einführung des neuen BlackBerry 10 und beim Tabletcomputer PlayBook, das sich nur schlecht verkauft. Zudem hatte im Herbst eine Panne tagelang den E-Mail-Dienst für BlackBerry-Handys lahmgelegt.

## Neue Literatur: Betriebsdesaster



In der schier unendlichen Flut von Managementbüchern gibt es jetzt eines, das herausragt. Nicht, weil seine Ratschläge besser oder seine Analysen fundierter wären. Nein, weil es komisch ist. Autor Christian A. Pongratz verpackt im „Betriebsdesaster“ seine Tipps zur erfolgreichen Unternehmensführung in eine „Anleitung zum Untergang“. Dazu kehrt er einfach die Vorzeichen betrieblichen Handels um und unterstellt, Ziel des Managers sei die möglichst rasche, gründliche und absolut zuverlässige Vernichtung des Unternehmens. Kapitel wie „Anleitung zur Endkundenabwehr“ oder „Anleitung zur Mitarbeiterdemotivation“ beschäftigen sich mit Verhaltensweisen, die jeder im betrieblichen Alltag schon beobachtet hat. Doch während sie dort Frust und Ärger bereiten, sorgt die ironische Verkehrung der Perspektive für Belustigung. So schafft es Pongratz, Managementwissen aufheiter, leicht verdauliche Art zu vermitteln. Er beschreibt einfach, wie man es nicht machen sollte, und wie es doch laufend praktiziert wird. Der Autor, promovierter Jurist und Betriebswirt, arbeitet als Unternehmensberater und Wirtschaftskabarettist. (Iud)

Christian A. Pongratz: Betriebsdesaster – Die Anleitung zum Untergang. Verlag: durchdacht.cc, 159 Seiten. 24,50 Euro.

## NACHRICHTEN

### COSTA CONCORDIA

#### Schiffsuntergang trifft Hannover Rück

Der Untergang des Kreuzfahrtschiffs Costa Concordia trifft den weltweit drittgrößten Rückversicherer Hannover Rück voraussichtlich ähnlich stark wie den Marktführer Munich Re. Allein die Belastung aus der Schiffskasko-Versicherung dürfte sich auf 30 Millionen Euro belaufen, teilte das Unternehmen mit. Der weltgrößte Rückversicherer Munich Re hatte seine Belastung in der vergangenen Woche ebenfalls auf diese Höhe geschätzt. Die Haftpflicht deckt Ansprüche der Passagiere, der Hinterbliebenen, der Crew sowie aus den Bergungskosten des Wracks ab. (dpa)

### WAZ

#### Eigentümerverhältnisse neu geordnet

Mit einem spektakulären Millionen-Geschäft hat die WAZ-Mediengruppe ihre Eigentümerverhältnisse neu geordnet: Die drei Erben des Mitbegründers Erich Brost haben ihren 50-Prozent-Anteil an Petra Grotkamp verkauft. Die Tochter des zweiten Firmengründers Jakob Funke hält damit durchgerechnet 66,6 Prozent, teilte Grotkamps Anwalt am Montagabend mit. Das Bundeskartellamt habe zugestimmt. Der Erwerb erfolge mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 31. Dezember 2011. (dpa)

### PROZESS

#### Ex-Anlegerschützer weist Anklagevorwurf zurück

Im Prozess um Aktienkurs-Manipulationen vor dem Landgericht München hat der ehemalige Vizechef der Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger, Markus Straub, die Anklagevorwürfe zurückgewiesen. Der Vorwurf der Marktmanipulation entbehre jeder Grundlage, erklärte Anwältin Simone Kämpfer. (dpa)

### ERNEUERBARE ENERGIE

#### Abu Dhabi interessiert an Offshore-Windparks

Der führende Ökoenergiekonzern des Emirats Abu Dhabi interessiert sich für einen Einstieg in das kapitalintensive Geschäft mit Windparks in der deutschen Nord- und Ostsee. Das Unternehmen suche nach rentablen Projekten in Deutschland. Masdar habe keine Schwierigkeiten, Kapital für die rund 1,5 Milliarden Euro teuren Projekte zu besorgen. (dpa)

### STUDIE

#### Selbstständige verdienen oft besser

Selbstständige haben bessere Verdienstaussichten als abhängig Beschäftigte. Das geht nach Medienberichten aus einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hervor. 2010 hätten etwa 37 Prozent der Selbstständigen ein Netto-Einkommen von mehr als 2300 Euro im Monat. Bei den abhängig Beschäftigten hätten das nur 17 Prozent erreicht. (epd)

### MUSIKINDUSTRIE

#### Kehrtwende zu neuem Wachstum erwartet

Nach 15 Jahren steht die Musikbranche nach eigener Einschätzung weltweit vor einer Kehrtwende zu neuem Wachstum. Die Umsätze seien 2011 nur um 3 Prozent gesunken, so der Internationale Verband der Musikunternehmen (IFPI). Der Rückgang bei den CDs werde vermehrt vom Anstieg bei Downloads und Streamings aufgefangen. (dpa)



Der griechische Finanzminister Evangelos Venizelos (links) redet auf den Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) Mario Draghi ein. Die europäischen Finanzminister verhandelten in Brüssel über Sanktionen für künftige Schuldensünder. BILD: DPA

# Heftiges Ringen um Einigung

- Lösung für Schuldenschnitt noch diese Woche
- Mehr Bürgschaften von Deutschland gefordert

VON DETLEF DREWES

**Brüssel** – Die Verhandlungen Griechenlands für einen Schuldenschnitt stehen unmittelbar vor einem Durchbruch. Führende Vertreter europäischer Großbanken bestätigten: „Noch in diese Woche und damit rechtzeitig vor dem EU-Gipfel in der nächsten Woche wird der Schuldennachlass unter Dach und Fach sein.“ Am Abend forderten die Finanzminister der Euro-Zone ihren Athener Amtskollegen Evangelos Venizelos auf, nunmehr die versprochenen Reformen umzusetzen. Vertreter von rund 400 Banken, Versicherungen und anderen privaten Gläubigern bemühen sich seit Tagen in Athen um eine Einigung, mit der Athen rund 100 Milliarden Euro erlassen werden sollen. Nur unter dieser Voraussetzung will die EU ihr zweites Hilfspaket für Griechenland mit einem Umfang von 130 Milliarden Euro in Kraft setzen. Bereits im März braucht die griechische Regierung weitere 15 Milliarden Euro, um Verbindlichkeiten zu bedienen. Eine Woche vor dem entscheidenden Spitzentreffen der EU-27 Staats- und Regierungschefs wächst der Druck auf die Bundesregierung, mehr Geld für den künftigen Europäischen Krisenmechanismus (ESM) zur Verfügung zu stellen. Er soll um ein Jahr vorgezogen werden und mit seinen 500 Milliarden Euro schon ab Mitte 2012 parallel zum Rettungsschirm mit 440 Milliarden zur Verfügung stehen. Die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, forderte nach einem Gespräch mit Bundeskanzlerin Merkel am Sonntagabend weitergehende Bemühungen. „2012 muss ein Jahr der Gesundheit werden“, sagte die frühere französische Finanzministerin. „Dazu ist eine höhere Brandmauer als bisher geplant nötig.“ Europa braucht nach ihren Worten ein kräftigeres Wachstum, massive Schutzwälle und mehr Integration. Die Weltwirtschaft steht nach ihrer Einschätzung an einem Wendepunkt und es komme darauf an, sie vor einem Abschwung zu bewahren. Der IWF sei be-

reit, zu helfen, sagte Lagarde. „Ich bin davon überzeugt, dass der Fonds seine Kreditvergabekapazität erhöhen muss.“ Sie bezifferte den zusätzlichen Bedarf an Krisenhilfen auf rund einer Billion Dollar in den nächsten Jahren. Die Europäer haben bereits 200 Milliarden Euro zusätzlich zugesagt.

Merkel lehnt eine Aufstockung strikt ab. Sie sprach sich dafür aus, den neuen Vertrag über eine Stabilitätsunion „streng“ zu fassen. Doch das Vorhaben ist in Gefahr. Die deutschen Unterhändler hatten in den letzten Tagen alle Hände voll zu tun, um Abschwächungen und „Unschärfen“ aus der Vorlage auszumeren, bestätigten Regierungskreise. Seit Montagabend verhandeln die Finanzminister der Euro-Gruppe über die Bestimmungen, mit denen Schuldensünder ab 2013 abgeschrieben oder schärfer bestraft werden sollen. Finanzminister Schäuble wollte sich vor allem darum bemühen, dass eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild in allen Ländern Verfassungsrang bekommt. Außerdem soll die Kommission künftig die nationalen Etat-Entwürfe prüfen und notfalls auch Änderungen durchsetzen können.

# Griechische Steuersünder am Pranger

Mehr als 4000 Namen mit knapp 15 Milliarden Euro Schulden stehen im Internet. Auch Prominente sind auf der Liste



Im Innenteil der griechischen Zeitung „Ethnos“ ist die Liste der Steuersünder abgedruckt. BILD: DPA

**Athen** (dpa) Selbst Griechenlands Prominente wollten ihren Namen gestern lieber nicht in der Zeitung lesen. Denn die meisten Blätter waren zum Pranger geworden: Sie druckten Auszüge der „Liste der Schande“, wie Finanzminister Evangelos Venizelos die 170 Seiten nennt, auf denen die Regierung am Sonntagabend die Namen von 4000 Steuersündern ins Internet gestellt hat. Knapp 15 Milliarden Euro schulden sie dem Staat – 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Empörung herrschte in Griechenland, denn auf der Liste stehen auch die Reichen und Schönen – Sänger, bekannte Unternehmer, Sportstars. Auch sie tragen eine Mitschuld an der Wirtschaftsmisere des Landes. Viele von ihnen sollen ihre Betriebe bereits in die Pleite geritten haben oder sogar im Gefängnis sitzen. Die Schulden von Schlagersänger Tolis Voskopoulos hatten sogar dazu geführt, dass dessen Frau vor wenigen Monaten als stellvertretende Tourismusministerin zurücktreten musste. Bezahlt hat der säumige Sänger trotzdem noch nicht. Auch der frühere Besitzer des Fußballclubs Paok Saloniki, Giorgos Batatoudis, und der ehemalige Basketballstar Michail Misunow stehen auf der Liste.

Trauriger Spitzenreiter ist aber ein Mann, der nur noch der „Schuldenschreck“ genannt wird und den Staat um fast eine Milliarde Euro prellte. Als Steuerberater kannte Nikolaos Kasimatis vermutlich alle Tricks und Kniffe und

schleuste exakt 952 087 781 Euro am griechischen Fiskus vorbei. Im Knast sitzt der kleingewachsene Mann schon – das Geld hat der Staat aber noch nicht kassiert, so die griechische Presse.

Und da wird das Problem deutlich: Denn die Liste stellt die Sünder zwar bloß – bringt aber noch keinen zusätzlichen Cent in die Staatskasse. Experten gehen davon aus, dass der Staat im besten Fall ein Fünftel dieser Schulden kassieren könnte. Denn in vielen Fällen gehören die Namen nur 80 bis 90 Jahre alten Strohmännern, hinter denen sich die wahren Sünder verbergen. Viele Schuldner seien ins Ausland verschwunden, sagen andere Steuerberater. Allein in der Schweiz sollen Griechen Geleidenlagen in Höhe von mehr als 200 Milliarden Euro haben.

Die Liste sei „Müll“, meint das Boulevardblatt „Eleftheros Typos“. Das Finanzministerium werde kein Geld kassieren. Das sei weg und die Schuldner entweder im Gefängnis oder längst auf und davon. Die Athener Zeitung „Ta Nea“ kommentierte: „Nun wissen wir

offiziell, wer sie sind. Aber: Warum hat der Staat nicht früher reagiert? Und was wird die Strafe sein für diejenigen, die weiter nicht zahlen wollen?“

Schon im September hatte das Finanzministerium eine Liste mit den Unternehmen veröffentlicht, die dem Staat insgesamt 30 Milliarden Euro schulden. Doch die Enttäuschung war groß: Die meisten Schuldner waren bereits pleite – oder die Unternehmen sogar in öffentlicher Hand. So schuldete selbst der Staat dem Staat Geld. Damals ganz oben auf der Liste: die griechischen staatlichen Eisenbahnen (OSE), die beim Fiskus mit gut 1,26 Milliarden Euro in der Kreide stehen.

Konsequenzen hat die Arbeit der Regierung des parteilosen Finanzexperten Lucas Papademos trotzdem: In den vergangenen zwei Monaten nahmen Polizei und Steuerfahnder rund 90 säumige Unternehmer fest. Darunter sind einer der bekanntesten griechischen Industriellen und der Besitzer einer Fitnessstudio-Kette. Athen gibt den Schuldner eine letzte Chance: Ein neues Gesetz, das vergangene Woche vom Parlament gebilligt wurde, gibt ihnen die Möglichkeit, ihre Schulden in 60 Monatsraten abzubezahlen.

Aber bislang scheint nur der kleine Mann dem Staat zu helfen: In den Arbeitervierteln von Athen fordern viele Leute inzwischen Rechnungen von Handwerkern und lehnen die viel günstigere Schwarzarbeit ab. Auch viele Geschäfte geben seit einigen Monaten an alle ihre Kunden Quittungen aus. Aber viele Menschen zweifeln, dass auch der griechische Jetset dazu bereit sein wird.

Die griechischen Steuersünder: [www.suedkurier.de/onlineplus](http://www.suedkurier.de/onlineplus)